

Kirchenkreis sammelt Spenden für Ruanda

Bad Kreuznach (epd). Der Evangelische Kirchenkreis An Nahe und Glan will seine Partnerregion Rubengera in Ruanda mit einer Spendenaktion bei der Bewältigung der Flutkatastrophe unterstützen. „Wir stehen in engem Kontakt mit unseren Partnern in Rubengera und erfahren aus erster Hand, wie dramatisch die Lage ist“, sagte die Vorsitzende des Synodalen Fachausschusses Ruanda, Andrea Hügler. Die Gemeinden der Prebytery Rubengera hatten bei der Flutkatastrophe im Ahrtal ebenfalls Hilfe für die Menschen in Deutschland geleistet. „Jetzt ist es wiederum an uns, Trost und Mut zuzusprechen, was für die Menschen in Rubengera ungemein wichtig ist“, betonte Hügler.

Heftiger Starkregen hatte den Westen Ruandas in der Nacht zum 3. Mai getroffen. In der darauffolgenden Nacht traf das Unwetter die Region Süd-Kivu im Osten des Kongo. In beiden Regionen traten zahlreiche Flüsse über die Ufer, im Kongo kam es zudem zu Erdbeben. In den betroffenen Gebieten wurden Hunderte von Häusern überflutet, die Bewohner sind obdachlos. Vieh, Hausrat und Transportmittel wurden weggeschwemmt, ebenso Ernten und ganze Bauernhöfe.

„Es geht um nichts Geringeres als um den Wiederaufbau weiter Teile der Region und es geht auch um Klimagerechtigkeit“, betonte die Fachausschussvorsitzende. „Wir können dazu beitragen, dass die Menschen in Rubengera wieder eine Zukunftsperspektive für sich sehen. Jeder Euro hilft.“

Der Ausschuss kümmerte sich den Angaben zufolge bereits um eine erste Soforthilfe in Höhe von 5.000 Euro für die Partner in Ruanda. Die Superintendentin des Kirchenkreises An Nahe und Glan, Astrid Peekhaus, betonte: „Wir sind froh, dass wir sofort Hilfe leisten können.“ Das betreffe nicht nur materielle Unterstützung, „wir sind auch mit unseren Gedanken und Gebeten bei den Partnern“. „Die gegenseitige Unterstützung in guten wie in schlechten Zeiten zeigt, wie nahe wir uns sind“, unterstrich sie.

Studie: Bürgerbeteiligung bei Strukturwandel im Rheinland ist planlos

Bochum/Schwerte (epd). Die Klima-Allianz Deutschland hat die Bürgerbeteiligung beim Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlerevier als „planlos“ und „intransparent“ kritisiert. Die Beteiligung sei „nicht nur ungenügend geplant, sondern auch schlecht umgesetzt“ worden, erklärte das Bündnis am Donnerstag bei der Vorstellung einer neuen Studie der Ruhr-Universität Bochum.

Kirchen

Gesellschaft

Gesellschaft

Hauptsächlich seien kommunale und wirtschaftsnahe Interessen einbezogen worden - die Mitwirkung der Bevölkerung sei „symbolischer Art“ gewesen. In der von Wissenschaftlern des Ruhr-Forschungsinstituts für Innovations- und Strukturpolitik erstellten Studie wird vor allem die Arbeit der Zukunftsagentur Rheinisches Revier (ZRR) zwischen 2019 und 2022 unter die Lupe genommen. Die Agentur soll im Auftrag der NRW-Landesregierung Innovationsstrategien und Handlungskonzepte für das Rheinische Revier nach dem beschlossenen Kohleausstieg erstellen.

Die Untersuchung komme auf allen Ebenen zu einer negativen Bewertung, was die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger angeht, teilte die Klima-Allianz mit. Sie sei „zu kleinteilig, zu wenig inklusiv, kurzfristig geplant und ohne langfristiges Konzept“, hieß es. Es fehle ein konzeptioneller Ansatz zur Mobilisierung der Bevölkerung, sagte der Leiter der Bochumer Forschungsgruppe, Jan-Hendrik Kamlage. Es gebe bislang lediglich Information und Konsultation der Bürger.

Das Programm der Zukunftsagentur weise eine „Schieflage“ auf, monierte Kamlage. Es konzentriere sich auf Themen wie Wachstum oder Beschäftigung - demgegenüber würden Klima und Umweltschutz „kaum adressiert“. Die organisierte Zivilgesellschaft aus Umweltverbänden, Bildungsträgern, Kirchen oder Kultur sowie die Zielgruppe der jungen Generation blieben weitgehend außen vor, sagte der Politikwissenschaftler.

Der Sprecher der Klima-Allianz Deutschland, Klaus Breyer, bezeichnete die „schlechten Beteiligungsprozesse“ im Rheinland als symptomatisch für die Umsetzung des Strukturwandels. Steuergelder würden „auf wenig transparente Weise in nicht nachhaltige Projekte“ geleitet.

Der gesellschaftliche Umbau könne aber nicht „im Konflikt gelingen, sondern nur mit Beteiligung der Zivilgesellschaft“, sagte der Leiter des westfälischen Instituts für Kirche und Gesellschaft in Schwerte. Von NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) forderte Breyer, die 14,8 Milliarden Euro Strukturhilfen des Bundes „konsequent nachhaltig“ einzusetzen.

Die Analyse des Forschungsinstituts der Uni Bochum beruht nach eigenen Angaben auf „empirischen Beobachtungen“ der Beteiligungsprozesse, öffentlich zugänglichen Quellen wie Internetseiten und Presseartikel sowie ergänzenden Interviews.